

Wietmarschen SPD lehnt vorgeschlagene Erhöhung der Grundsteuern ab Keine einseitige Belastung von Grundstückseigentümern und Landwirten gefordert

In der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses wurde von der Verwaltung und Bürgermeister Manfred Wellen (CDU) eine Erhöhung der Steuerhebesätze für die Grundsteuer A und B um jeweils 20 Punkte vorgeschlagen.

Künftig sollen die Hebesätze 330 % statt aktuell 310 % betragen. Eine gleichzeitige Erhöhung der Gewerbesteuer sei aus Sicht der Verwaltung nicht zu empfehlen.

Nach Aussage der CDU-Mehrheitsfraktion, kann dem Verwaltungsvorschlag zugestimmt werden.

Für die SPD-Fraktion ist zu diesem Zeitpunkt eine kommunale Steuererhöhung nicht zwingend erforderlich. Immerhin können laut Haushaltsplanentwurf 2016, auch ohne derartige Steuererhöhungen, Investitionen von 1,5 Mio. € getätigt werden.

Unter anderem sollen vorbehaltlich einer Förderung, für die weitere Umgestaltung im Ortskern Wietmarschen 400.000,-€ eingesetzt werden, freut sich Ratsmitglied Andre Olthoff aus Wietmarschen. Für verschiedene Maßnahmen im Schul- und Sportbereich sind ebenfalls ca. 400.000,-€ vorgesehen. Bereits im Frühjahr 2015 hat Ratsmitglied Alexander Sadykov ein Zukunftskonzept für bauliche Maßnahmen an der Grundschule in Lohne gefordert und einige Vorschläge ausgearbeitet. Dafür sind im Haushalt 20.000,-€ Planungskosten vorgesehen. Der Antrag wird in der nächsten Sitzung des Schul- und Kulturausschusses beraten. Eine langjährige Forderung der Feuerwehren ist die Erstellung eines Feuerwehrbedarfsplanes, für den ebenfalls Haushaltsmittel eingestellt werden. Die SPD-Fraktion unterstützt neben diesen Maßnahmen auch die vorgesehenen Zuschüsse für den Bau der Friedhofshalle in Lohne und den Investitionszuschuss für die Erweiterung des Betriebskindergartens der Firma Landwehr („Kids and Bytes“).

Die gesamten Investitionen sollen folgendermaßen finanziert werden:

200.000,-€ aus laufender Verwaltungstätigkeit, 400.000,-€ durch Zuschüsse und 900.000,-€ durch Entnahme aus den in Vorjahren gebildeten Rücklagen. Trotzdem ist es sogar vorgesehen und durchaus möglich, die Gesamtverschuldung im kommenden Jahr um 500.000,-€ zu reduzieren.

Für den weiteren, absehbaren Zuzug von Asylbewerbern, ist im Haushalt vorsorglich eine Ermächtigung zur Aufnahme eines zinslosen Kredites von der KfW in Höhe von 1 Mio. € vorgesehen. Diese sollte nach Meinung der SPD-Fraktion möglichst nicht in Anspruch genommen werden, betont Ratsmitglied Annegret Schnieders. Die intensiven Bemühungen der Verwaltung bei der Suche nach Investoren und Mietwohnungen, werden von der SPD im Gemeinderat unterstützt.

Für eine kommunale Steuererhöhung könnte aus Sicht der SPD ein gewisses Verständnis aufgebracht werden, wenn beispielsweise nicht auch noch die Kindergartenbeiträge zum 1.8.2016 um 6,65 % steigen werden. Im Vergleich mit anderen Gemeinde in der Grafschaft Bentheim und im Emsland, sind die Beiträge vergleichsweise hoch. Die vorgesehene Erhöhung würde die höchst Anhebung der Kindergartenbeiträge seit mindestens 10 Jahren bedeuten. Die Verwaltung begründet die Vorgehensweise mit den strukturellen Besserstellungen im Tarifvertrag der Erzieherinnen und Erzieher und damit verbundenen, höheren Ausgaben. Damit würde gegen den gültigen Grundsatzbeschluss, der zwischen den Kindergartenträgern und der Gemeinde abgeschlossen ist, verstoßen. Dieser sagt aus, dass die Beiträge um die jährlichen, nominellen, linearen Tarifierhöhungen erhöht werden.

SPD-Fraktionssprecher Hermann Nüsse erklärt dazu: „Mit den Stimmen der SPD-Ratsmitglieder ist eine gleichzeitige Erhöhung der Grundsteuern und eine deftige Erhöhung der Kindergartenbeiträge nicht zu machen. Diese Steigerungen werden in erster Linie junge Familien mit Kindern belasten.“